

Stadt kann Abriss nicht verhindern

Noch keine Entscheidung über Denkmalschutz der ehemaligen Landwirtschaftskammer Roleber



Das Kammergebäude von 1986: Der Investor will es jetzt abreißen und dort bis zu 300 Wohneinheiten bauen.

FOTO: WILLCKE

VON HOLGER WILLCKE

ROLEBER. Die erste Hürde hat der Investor Sahle Wohnen genommen – die Bezirksvertretung Beuel stimmte dem Antrag von CDU, SPD und FDP mehrheitlich zu. Das bedeutet: Wenn auch Planungsausschuss und Stadtrat dem Beueler Antrag zum weiteren Vorgehen in Sachen Bebauung des ehemaligen Geländes der Landwirtschaftskammer in Roleber zustimmen, dann kann die Stadtverwaltung alle Maßnahmen für einen sogenannten vorhabenbezogenen Bebauungsplan einleiten und der Investor den städtebaulichen Wettbewerb ausschreiben. Bei dem Wohnbauprojekt in Roleber geht es um 250 bis 300 Wohneinheiten, einen Nahversorger, eine Buswendeschleife und eventuell einen neuen Kindergarten für die Region Om Berg.

Die Opposition leistete in der Sitzung im Beueler Rathaus heftigen Widerstand. Die Politiker der Grünen, der Linken und des BürgerBunds warfen der Mehrheitskoalition unverantwortlichen Umgang

mit wichtigen Grünflächen vor. Dabei stemmten sie sich nicht grundsätzlich gegen eine Bebauung, kritisierten aber, dass die Fläche für Wohnbebauung größer geworden ist und dass der Bauherr das Kammergebäude plötzlich abreißen will. Doro Schmitz, Fraktionssprecherin der Grünen: „Wir bestehen auf die beschlossene Bürgerwerkstatt – und zwar vor dem Bebauungsplanverfahren. Das hat der Stadtrat den Bürgern zugestanden.“ Die Opposition wirft der Koalition vor, sich zu sehr nach den Wünschen des Investors zu richten.

Georg Fenninger (CDU) verteidigte das Vorgehen der Koalition: „Seit Jahren herrscht Stillstand bei dem Thema. Auch die Geduld des Investors ist strapaziert. Bonn benötigt dringend Wohnraum, in Roleber können wir ein Angebot dazu machen. Die Bürger müssen sich keine Sorgen machen, eine Bürgerbeteiligung ist gesetzlich vorgeschrieben.“ Karl Uckermann (Grüne) warf den Antragstellern eine

verfehlte Wohnungsbaupolitik vor. Bonn habe zu wenige freie Flächen, deshalb müsse die Stadt mit Nachbarkommunen verhandeln, ob dort Freiflächen bebaut werden könnten. Darauf Dieter Schaper (SPD): „Toller Vorschlag – und vermessen zu gleich. Die Nachbarkommunen werden sich bedanken, sollte Bonn so einen Vorstoß unternehmen.“

„Seit Jahren herrscht Stillstand bei dem Thema“

Georg Fenninger
CDU

Kerstin Hemminger, für Beuel zuständige Abteilungsleiterin im Stadtplanungsamt, versuchte zu beruhigen: „Das Baurecht schreibt eine zweistufige Bürgerbeteiligung vor.“ Sie versuchte den Zeitverlust damit zu erklären, dass sich die Eigentumsverhältnisse durch den Grundstücksverkauf geändert hätten und der neue Investor andere Vorstellungen habe. Einen Abriss des ehemaligen Verwaltungssitzes könne die Stadt Bonn grundsätzlich nicht verhindern. Und ob der Antrag, das Gebäude unter Denkmalschutz zu stellen, das Verfahren ändern würde, könne man noch nicht sagen, weil noch nicht über die Denkmal-

schutzfrage entschieden sei. Zwei Bürger hatten vor wenigen Wochen Denkmalschutz bei der Stadt Bonn und beim Rheinischen Amt für Denkmalpflege beantragt (der GA berichtete).

Alle im Baugesetzbuch vorgeschriebenen Gutachten zu Verkehr, Umwelt und Abwasser müsse der Investor auf seine Kosten beibringen, so Hemminger. 50 Prozent der Wohneinheiten sollen laut Stadt als geförderter Wohnungsbau errichtet und angeboten werden. Das bezeichnete Fenninger als großen Gewinn zur Beseitigung der Wohnungsnot im Bereich des geförderten Wohnungsbaus. Der Antrag von CDU, SPD und FDP sieht zudem vor, dass die Baufelder 2 (Friedhoferweiterungsfläche) und 3 (Versuchsflächen der Kammer) erst einmal nicht bebaut werden sollen. Was mit diesen Freiflächen geschehen soll, wird Thema einer Bürgerwerkstatt werden.

► **Weitere Beratungsfolge:** Der Planungsausschuss beschäftigt sich am 26. Juni und der Stadtrat am 4. Juli mit dem Thema.